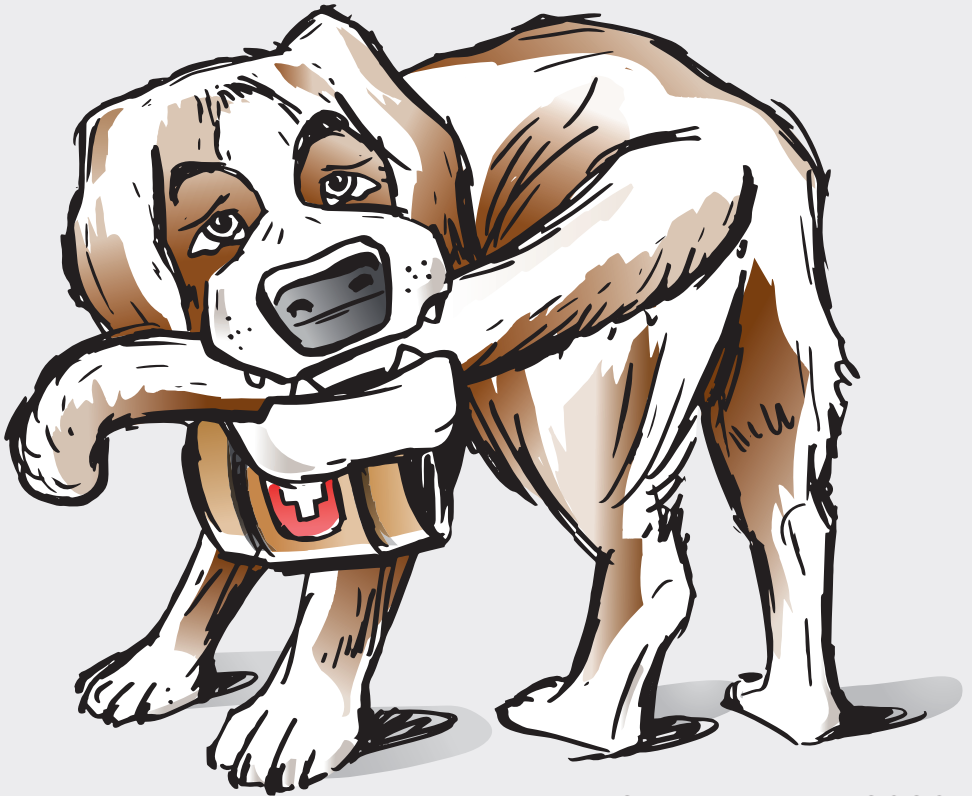


Helfen ja, aber doch nicht so!



Am 29. November 2020

NEIN

zur Unternehmens-
Verantwortungs-Initiative

1

Die Initiative führt zur weltweit schärfsten Haftung und zu einer absurden Beweislastumkehr.

NEIN

zum Schweizer Alleingang

Schweizer Unternehmen tragen schon heute weltweit Verantwortung. Sie arbeiten fair und halten die Gesetze ein. Einzelfälle von Umwelt- oder Menschenrechtsverletzungen sind bekannt. Sie müssen und können verhindert werden. **Die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI) schlägt dazu den völlig falschen Weg ein.** Sie setzt auf kaum umsetzbare Überwachungs- und Kontrollpflichten in der ganzen Wertschöpfungskette und auf eine weltweit beispiellose Haftung: Unternehmen sollen nicht nur für ihr eigenes Fehlverhalten haften, sondern auch für Missstände von wichtigen Zulieferern. Somit haften sie ohne eigenes Verschulden auch für Dritte. Sie können sich nur davon

befreien, wenn sie jederzeit lückenlos beweisen können, dass sie ihre Geschäftspartner so überwachen, dass ein Fehlverhalten ausgeschlossen wird. In einer globalisierten Welt mit Abertausenden von Zulieferern ein Ding der Unmöglichkeit. **Kein anderes Land kennt ein ähnliches Gesetz.** Denn durch die Umkehr der Beweislast werden erpresserische Klagen gegen Schweizer Unternehmen attraktiv. Deshalb lehnen auch Bundesrat und Parlament die extreme Initiative ab. Sie wollen keinen kontraproduktiven Alleingang der Schweiz. Gleichzeitig beschloss das Parlament einen griffigen Gegenvorschlag, mit dem die Schweiz auf einen Schlag international zum Vorbild wird.



2

Ausgerechnet die Ärmsten der Welt wären die grössten Verlierer dieser Initiative, wenn sich Schweizer Unternehmen aus diesen Ländern zurückziehen.

NEIN

im Interesse von Mensch und Umwelt

Die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten hat in vielen Regionen der Welt für weniger Armut gesorgt. Möglich wurde das auch durch die vorbildliche Zusammenarbeit von Unternehmen, Staaten und NGOs. **Die Schweiz und die Schweizer Unternehmen haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.** Dieses Erfolgsmodell würde mit der Initiative jäh zerstört. Die extreme Haftung würde die betroffenen Unternehmen aus der Schweiz zwingen, die Situation vor Ort zu überdenken. Ausgerechnet in Ländern mit schwachen staatlichen Strukturen, einem anderen Rechtsverständnis oder

Korruption wäre der Fall klar: **unsere Unternehmen müssten sich aus diesen Ländern zurückziehen oder sich von Geschäftspartnern vor Ort trennen.** In die Bresche springen könnten Unternehmen aus China, Russland oder den Golfstaaten, denen Umwelt und Menschenrechte nicht wichtig sind. **Die Verlierer wären Bauern, Gewerbler und Produzenten in Entwicklungsländern und ihre Familien.** Das wäre auch ein enormer Rückschritt in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Statt Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten, würde man die Menschen in Entwicklungsländern im Regen stehen lassen.

”

Die Initiative führt zu einer Zunahme der Armut der afrikanischen Bevölkerung. Das kann ich nicht zulassen!



Isabelle Chevalley

Nationalrätin Grünliberale, sehr engagiert in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

3

KMU sind künftig über Knebelverträge, neue Haftung und Sorgfaltspflichten gleich mehrfach negativ betroffen.

NEIN

zur Gefährdung unserer KMU

Die Initianten gaukeln vor, ihre Initiative treffe nur grosse Konzerne – das ist falsch. Das Wort Konzern kommt im gesamten Initiativtext nirgends vor. **Stattdessen sind KMU sogar mehrfach betroffen.** Erstens durch neue Risiken, denn auch KMU haften ohne Ausnahme für wichtige Lieferanten. Zweitens durch neue, aufwändige Sorgfalts- und Überwachungspflichten und drittens geraten KMU – viele sind Zulieferer von Grossunternehmen – in einen bürokratischen Sog und müssen künftig Knebelverträge akzeptieren. **Jedes Unternehmen wird die neuen Auflagen und Haftungsrisiken über Verträge an seine Geschäftspartner weitergeben.** Jeder sichert sich so ab –

auch, weil eine Firma im Zweifelsfall beweisen muss, dass sie alle Unternehmen in der Wertschöpfungskette lückenlos überwacht hat. Gewerbe und Industrie droht ein juristisches Schwarzer-Peter-Spiel. **Die Folgen sind unendlicher Papierkram, mehr Überwachung, wachsendes gegenseitiges Misstrauen und hohe Rechts- und Versicherungskosten.** Gerade in der aktuellen Situation sollten wir unseren KMU nicht solche Steine in den Weg legen. So kann ein Unternehmen in der Schweiz eingeklagt werden, wenn beispielsweise in einem fernen Land in einem wichtigen Zulieferbetrieb die Gleichstellung von Mann und Frau nicht gewährleistet ist.





Gratisklagen in der Schweiz kosten den Schweizer Steuerzahler künftig eine Stange Geld.

NEIN

im Interesse der Schweizerinnen und Schweizer

Kaum umsetzbare Überwachungs- und Kontrollpflichten führen zu deutlich mehr Aufwand entlang der gesamten Wertschöpfungskette. **Muss die Lieferkette bis zum Rohstoff jedes Einzelteils überwacht werden, ist das enorm aufwändig und kostet sehr viel Geld.** Diese zusätzlichen Arbeitsstunden und Absicherungen führen zu höheren Preisen – zum Beispiel von Lebensmitteln. Gewisse Produkte werden gar nicht mehr erhältlich sein, weil die Risiken durch den Import zu hoch sind. Am Schluss haben die Schweizerinnen und Schweizer weniger Auswahl zu höheren Preisen.

Diese Initiative hebt internationale Rechtsgrundsätze aus. Sie stellt Schweizer Recht und Schweizer Gerichte über das Rechtssystem aller

ausländischer Staaten. **Sie fusst auf einer rechthaberischen Haltung und missachtet Gesetze, Gerichte und Behörden souveräner Staaten.** Die Schweiz würde zum Weltpolizisten (oder Weltgerichtshof). Man stelle sich den umgekehrten Fall vor: China würde seine Rechtsvorstellungen durch chinesische Unternehmen in der Schweiz durchsetzen wollen. Die Initiative führt dazu, dass weltweit jeder gratis gegen Unternehmen in der Schweiz klagen kann – ein Eldorado für ausländische Klageanwälte. Das wird unsere Gerichte noch stärker belasten. Nur schon die Beweisaufnahme in einem fernen Land und die Koordination mit den dortigen Behörden dürfte Unsummen verschlingen. Die Rechnung zahlen die Schweizerinnen und Schweizer über höhere Steuern.

NEIN

zur Unternehmens-
Verantwortungs-Initiative

Sagen auch Sie am 29. November 2020 **NEIN zur UVI**



Andrea Gmür
Ständerätin CVP



Beat Rieder
Ständerat CVP



Elisabeth
Schneider-Schneiter
Nationalrätin CVP



Sidney Kamerzin
Nationalrat CVP



Andrea Caroni
Ständerat FDP



Simone
de Montmolin
Nationalrätin FDP



Ruedi Noser
Ständerat FDP



Alex Farinelli
Nationalrat FDP



Céline Amaudruz
Nationalrätin SVP



Diana Gutjahr
Nationalrätin SVP



Franz Grüter
Nationalrat SVP

Schweizer Unternehmen sollen Verantwortung tragen, die Initiative setzt aber auf die falschen Instrumente. Denn sie schwächt die Schweiz, benachteiligt Schweizer Unternehmen und schadet insbesondere jenen, denen sie vorgibt zu helfen. **Bundesrat, National- und Ständerat lehnen die Initiative klar ab.** Auch die CVP und die Fraktionen der FDP und der SVP, economiesuisse, viele Branchenverbände, die kantonalen Handelskammern und zahlreiche kantonale Gewerbeverbände sprechen sich entschieden gegen die Initiative aus.

Das Parlament hat einen Gegenvorschlag beschlossen, der sofort in Kraft treten kann, wenn die Initiative abgelehnt wird.

Mit dem Gegenvorschlag gibt sich die Schweiz ein klares Gesetz, das uns weltweit zum Vorreiter in Sachen Unternehmensverantwortung macht. Der Gegenvorschlag schafft dabei Verbindlichkeit und neue Pflichten für Unternehmen, verzichtet aber auf eine weltweit beispiellose und risikoreiche Haftung für Dritte und macht die Schweizer Unternehmen nicht zum Sündenbock.